

PROFIT DER PARASITEN

EINIGE BUNDESLÄNDER, ETWA BERLIN, HAMBURG ODER NORDRHEIN-WESTFALEN, NEHMEN MEHR STUDIERENDE AUF, ALS SIE ABGEBEN. SOLLTEN SIE DAFÜR EINEN FINANZAUSGLEICH VERLANGEN?

Heidelberg ist die älteste deutsche Universität und noch immer weltweit der Inbegriff deutscher Studentenseligkeit. Für Benjamin Bechtel, 22, hatte die Stadt aber gar keinen Reiz, obwohl er dort herkommt. »In Baden-Württemberg wollte ich nicht studieren«, sagt er, »die Unis sind zu klein, die Studiengänge zu verschult.« Bechtel ging nach Hamburg.

Auch Stefanie Wolpert, 24, zog es von der Schwäbischen Alb in die Hansestadt. »In der Nähe meines Heimatortes gibt es außer Ulm keine Uni, und dort konnte ich mein Fach Politikwissenschaft nicht studieren«, erzählt sie.

Wie die beiden Südlichter im Norden gehen jährlich etwa 100 000 Abiturienten zum Studium in ein anderes Bundesland. Ein knappes Drittel der Studienanfänger wandert über die innerdeutschen Ländergrenzen.

So viel Mobilität wünschen sich die Bildungsminister mit ihrem viel beschworenen Wettbewerb um die besten Köpfe. Doch ein paar Länder setzten heftig zu beim bundesdeutschen Studenten-Import und Export. An ihre Unis streben weit mehr auswärtige Landeskinder, als sie umgekehrt Abiturienten an andere Bundesländer abgeben. An den Hochschulen wird nicht unterschieden, wer wo sein Abi gemacht hat, das Studium ist zudem kostenlos, und so zahlen diese Netto-Importeure die akademische Ausbildung der Studenten aus anderen Ländern mit. Gerd Grözinger, Volkswirt und Bildungsökonom an der Uni Flensburg, hat die Bundesländer aufgelistet, die ihre Landeskinder auf Kosten anderer ausbilden lassen. Dies sind vor allem Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg. Diese drei Bundesländer haben einen erheblichen Negativ-Saldo in der Studenten-Bilanz. Das freut die dortigen Finanzminister, weil sie für weniger Studienplätze auch weniger Geld ausgeben müssen.



Überfüllter Hörsaal (an der FU Berlin): Ausbildung auf Kosten anderer

»Für Finanzminister bedeuten Hochschulen nur Ausgaben, denen anscheinend wenig messbarer Nutzen gegenübersteht«, sagt Grözinger. Schließlich sei ja nicht sicher, ob und wo die gut ausgebildeten Absolventen später arbeiten und ihre Steuern zahlen werden. Also versuchten die Finanzminister, die eigenen Ausgaben für die Hochschulen möglichst niedrig zu halten und dadurch das Angebot an Studienplätzen so zu verknappen, dass die Studenten in andere Bundesländer abwandern.

Diese »Trittbrettfahrerei«, wie es Grözinger nennt, sei eine »bildungsökonomische Katastrophe«, weil sie letztlich zu weniger und schlecht ausgestatteten Studienplätzen führe. Besonders betroffen davon ist Berlin. Die Hauptstadt ist größter »Importeur« von Studierenden. An den Hochschulen des stark verschuldeten Landes studierten im Wintersemester 2000/01 mehr als 42 000 Studenten aus anderen Bundesländern.

»Wir bilden deren Abiturienten teuer aus – das ist ungerecht«, sagt Benjamin Hoff, wissenschaftspolitischer Sprecher der PDS in Berlin. Er fordert, wie Grözinger, Ausgleichszahlungen zwischen den Bundesländern.

BRAIN-DRAIN

Saldo zwischen der Gesamtstudentenzahl eines Bundeslandes und den Studenten, die dort Abitur gemacht haben, WS 2000

Netto-Import von Studenten	
Berlin	+ 42 398
Nordrhein-Westfalen	+ 25 502
Hamburg	+ 10 754
Sachsen	+ 7 438
Bayern	+ 4 566
Bremen	+ 4 548
Rheinland-Pfalz	+ 1 269

Netto-Export von Studenten	
Hessen	- 2 680
Saarland	- 3 692
Mecklenburg-Vorpommern	- 3 757
Thüringen	- 4 702
Brandenburg	- 7 422
Sachsen-Anhalt	- 8 080
Schleswig-Holstein	- 8 456
Baden-Württemberg	- 13 492
Niedersachsen	- 26 777

DER SPIEGEL

Quelle: Statistisches Bundesamt

Dazu müsste die Zahl der Studierenden, die ein Bundesland abgibt, mit den durchschnittlichen Kosten eines Studienjahres pro Student von gut 7 380 Euro multipliziert werden. Die Auswirkungen wären für einige Bundesländer



DAVID AUSSERHOFFER / JOKER

Immatrikulationsurkunden (im Archiv der FU Berlin)
 »Knallharter Wettbewerb um Studenten«



WALTER SCHMIDT / NOVUM

Bildungspolitiker Oppermann
 »Absurde Kleinstaaterei«

dramatisch: Berlin als größtes Importland könnte damit rund 300 Millionen Euro einstreichen – und zwar jährlich. Auch Hamburg könnte knapp 80 Millionen Euro verbuchen, während beispielsweise Baden-Württemberg fast 100 Millionen Euro als Ausgleich zahlen müsste.

Der Hochschulfinanzausgleich, hofft Grözing, wäre ein Anreiz für die Exporteure, mehr in Bildung zu investieren. Denn je mehr Studenten im eigenen Land ausgebildet würden, desto weniger Geld müssten die Finanzminister an andere Länder überweisen. Rechtlich wäre ein solcher Finanzausgleich zunächst kein Problem, wie ein Gutachten des Abgeordnetenhauses von Berlin ergab. Auch praktisch nicht, andere Staaten machen es bereits vor: In den USA etwa muss eine Studentin aus Kalifornien, die sich an einer Universität in New York einschreibt, etwa dreimal so hohe Studiengebühren bezahlen wie

ihre Kommilitonen, die aus New York stammen. In der Schweiz überweisen die Kantone Ausgleichszahlungen für ihre Landeskinder, die in anderen Kantonen studieren.

Auch in Deutschland gibt es vergleichbare Zahlungen für Schüler, die in einem Bundesland wohnen und im Nachbarland in die Schule gehen. Nur für die Hochschulen hat sich das Modell bislang nicht durchgesetzt.

Dabei geht es um viel Geld – Geld, das den Unis zugute kommen würde. Gerade deshalb greifen wohl auch Politiker das heiße Eisen nur ungern an. Und weil es mehr Bundesländer gibt, die zahlen müssten, als solche, die empfangen würden, passiert politisch nichts. Ein Papier von Matthias Berninger aus der Zeit, als der heutige Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium noch bildungspolitischer Sprecher der Grünen war und in dem er eine Debatte zum Thema anmahnte, hatte keine Folgen. Der politische Widerstand ist geblieben – und die Kritik an dem Modell. Niedersachsens Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD) findet die bisherigen Berechnungen »nicht seriös, weil sie nicht zwischen den Fachgruppen unterscheiden«. Sein Land etwa »importiere« besonders viele Tiermedizinstudenten, deren Studienplätze um ein Vielfaches teurer seien als die in den Geisteswissenschaften.

Überhaupt hält Oppermann einen Finanzausgleich für »absurde Kleinstaa-

tere«. Heute herrsche unter den Ländern ein »knallharter Wettbewerb« um die besten Studierenden. Schließlich sei es angesichts des Fachkräftemangels auch standortpolitisch bedeutend, wo ein Absolvent sich niederlasse.

»Man könnte den Spieß auch umdrehen und fordern, dass Bayern für einen in Hannover geborenen und ausgebildeten Informatiker, der in München eine Stelle annimmt, an Niedersachsen zahlen müsste«, sagt der Minister.

Und Peter Frankenberg (CDU), der Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, das Grözing wegen der Studenten-Exporte gern als »Parasit« bezeichnet, weist darauf, dass gerade Stuttgart seit Jahren andere Länder, darunter auch Berlin, über den Länderfinanzausgleich mit Milliardensummen unterstütze. »Es ist daher geradezu grotesk«, sagt Frankenberg, »uns hochschulpolitische Absahnerie vorzuwerfen.«

PDS-Mann Hoff bleibt deshalb skeptisch, ob sich eine Bundesratsinitiative zum Hochschulfinanzausgleich durchsetzen ließe. Schließlich hofft Berlin demnächst noch auf großzügige Geldgaben der anderen Bundesländer. Und die will man nicht durch zusätzliche Zahlungen für die Hochschulen der Hauptstadt vergrätzen.

Vorsorglich hat sich die neue Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus daher schon mal eine andere Einnahmequelle gesichert: Alle Studierenden, die nicht pendeln und keine Angehörigen pflegen, müssen einen Hauptwohnsitz in Berlin nachweisen. Das könnte der klammen Landeskasse über die Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich rund 2500 Euro pro Student einbringen.

MARION SCHMIDT

entscheiden